

**An die  
Mülheimer Medien**

29.04.2016

**SPD-Initiative zur Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbepark Flughafen“: Störfeuer beenden!**

Der nach Februar 2015 wiederholte Versuch der SPD-Fraktion, im Planungsausschuss eine Änderung des Bebauungsplanes „Büro- und Gewerbepark am Flughafen – H 17“ herbeizuzwingen, findet bei der CDU-Fraktion keine Zustimmung. „Es kann nicht sein, dass der im März 2009 hart errungene Kompromiss im Rat der Stadt, vor allem kein Logistik- und lärmstörendes Gewerbe im Umfeld des Flughafens zuzulassen, einseitig aufgekündigt wird. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung dürfen nicht im Nachhinein aus den Angeln gehoben werden. Wir werden gemeinsam dieses Störfeuer zu beenden!“, erklären der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Michels und die planungspoliti-

sche Sprecherin der CDU-Fraktion, Christina Kaldenhoff.

Auch die CDU-Fraktion hat den Eindruck gewonnen, dass diese Initiative der SPD-Fraktion nur dem Ziel dienen soll, den Ratsbeschluss vom Juli 2010 unterlaufen zu wollen, gemeinsam mit den anderen Flughafen-Gesellschaftern (Stadt Essen und Land NRW) schnellstmöglich den Flughafenbetrieb einzustellen. Ein solcher Beschluss des Planungsausschusses schwäche letztlich auch die Verhandlungsposition Mülheims und Essens im laufenden Klageverfahren zum vorzeitigen Ausstieg des Landes NRW als Mitgesellschafter der Flughafen Essen/Mülheim GmbH (FEM). Denn damit würden dem Kläger Land Argumente geliefert, dass Mülheim an der Ruhr in Wirklichkeit gar nicht den Ausstieg aus dem Flughafenbetrieb wolle.



Christina Kaldenhoff macht deutlich, dass erst über einen von der Mülheimer Stadtspitze vorgeschlagenen Masterplan zur Entwicklung des Flughafengeländes und -umfeldes bis 2018 entschieden werden muss: „Dieser Masterplan wäre die Voraussetzung, um anschließend die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die im Masterplan gemachten Vorschläge zur Nachnutzung des Flughafen-Areals umzusetzen.“

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels bekräftigte die Auffassung der CDU-Fraktion, dass der von der SPD-Fraktion hier unternommene Alleingang im Hinblick auf die notwendige und alles entscheidende Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Essen kontraproduktiv und auch deshalb klar abzulehnen ist.

F.d.R. Hansgeorg Schiemer/-Fraktionsgeschäftsführer-